

siert die Ärzteorganisation IPPNW in einem Flyer, der kostenlos über den Shop der IPPNW bestellt werden kann (<https://shop.ippnw.de>).

Der Deutsche Ärztetag 2017 hatte sich mit großer Mehrheit hinter die Forderung der IPPNW gestellt, dieser „Freigabe“ von radioaktivem Müll aus dem Abriss von Atomkraftwerken einen Riegel vorzuschieben. Die Delegierten des Ärztetags warnen vor der Verharmlosung möglicher Strahlenschäden und vor einer unnötigen und vermeidbaren zusätzlichen Strahlenbelastung der Bevölkerung: „Als Ärzte weisen wir darauf hin, dass es keine Schwellenwerte für die Unbedenklichkeit von ionisierender Strahlung gibt und auch durch vermeintlich geringe Strahlmengen gesundheitliche Schäden und Spätfolgen über Generationen entstehen können. In diesem Zusammenhang sind die gesundheitlichen Folgen einer Verteilung von AKW-Restmüll nicht ausreichend geklärt. Aus Strahlenschutzgründen muss die belastete Menge so klein wie möglich gehalten und mit dem bestmöglichen technischen Stand sicher verwahrt werden, am besten auf dem Kraftwerksgelände.“

Der Deutsche Ärztetag 2017 forderte die Bundesregierung auf, sich zur Minimierung der gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung für eine Verwahrung auch gering strahlenden Mülls auf den Kraftwerksgeländen einzusetzen.

Die Delegierten bezogen sich dabei auf ein Gutachten der IPPNW, welches vorschlägt, eine sichere Verwahrung von gering radioaktiven Abrissmaterialien an den Atomkraftwerksstandorten zu prüfen, statt diese unkontrolliert zu verbreiten. Aus dem Gutachten geht hervor, dass eine sichere Lagerung am Kraftwerksstandort die Bevölkerung effektiv vor unnötigen Strahlenbelastungen schützen würde.

Der kostenlose Flyer der IPPNW kann über den IPPNW-Shop (<https://shop.ippnw.de>) bestellt werden oder direkt heruntergeladen werden unter

[http://ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Freimessung\\_Aerztetag.pdf](http://ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Freimessung_Aerztetag.pdf)

Das Gutachten der IPPNW zum AKW-Rückbau ist zu finden unter

[https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Stilllegung\\_Atommuell/Intac\\_Neumann\\_2016\\_IPPNW-](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Stilllegung_Atommuell/Intac_Neumann_2016_IPPNW-)

[Stellungnahme\\_AKW-Rueckbau\\_Freigabe.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Stilllegung_Atommuell/Intac_Neumann_2016_IPPNW-Stellungnahme_AKW-Rueckbau_Freigabe.pdf)

Die Entschließung des 120. Deutschen Ärztetages 2017 (Seite 240) ist zu finden unter

[http://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user\\_upload/downloads/pdf-](http://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/downloads/pdf-)

[Ordner/120.DAET/120DaetBeschlussProt\\_2017-05-26.pdf](http://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/downloads/pdf-Ordner/120.DAET/120DaetBeschlussProt_2017-05-26.pdf)

Eine Darstellung der IPPNW zur Problematik des AKW-Abrisses findet sich unter

[https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/IPPNW\\_Akzente\\_AKW\\_Abriss\\_2016.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/IPPNW_Akzente_AKW_Abriss_2016.pdf)

## Atommüll

### AKW-Betreiber beantragten Aufnahme von Castor-Behältern in Zwischenlager

In die seit Jahren stockende Rückführung des deutschen Atommülls aus Frankreich und England kommt Bewegung. Beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) gingen am 29. September 2017 Anträge der deutschen AKW-Betreiber ein, die Atomabfälle aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in standortnahe Zwischenlager einlagern zu dürfen. Das teilte das Bundesumweltministerium (BMUB) mit. Die Energieversorgungsunternehmen kämen damit ihrer Verpflichtung nach, die sich aus der von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks durchgesetzten Neuordnung der Verantwortung in

der kerntechnischen Entsorgung ergebe, erklärt das BMUB. Die Anträge beruhen auf dem Rückführungskonzept, auf das sich Hendricks und die vier Atomkonzerne RWE, EON, EnBW und Vattenfall am 19. Juni 2015 verständigt hatten. Derzeit befänden sich noch mittel- und hochradioaktive Abfälle für insgesamt 26 Castoren in Frankreich und England. Die von der Rückführung betroffenen Standortgemeinden Philippsburg, Biblis, Brokdorf und Isar seien im Vorhinein über die bevorstehenden Antragstellungen informiert worden.

### Protest gegen CASTOR-Transporte nach Biblis

Mit Entsetzen und Empörung hat die Standortinitiative atomkraftENDE.darmstadt den Antrag von RWE zur Kenntnis genommen, ab 2019 bis zu sieben CASTOR-Behälter mit hochradioaktiven Glaskokillen aus der britischen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield in Biblis einzulagern. Derzeit gibt es weder einen geologisch geeigneten, noch von der Bevölkerung akzeptierten Standort für die Unterbringung von hochradioaktivem Atommüll, stellt die Initiative fest. Wann und ob überhaupt ein solcher Standort jemals gefunden werden kann, sei unklar. Fest stehe, daß die Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager in Biblis nur bis 2046 gilt – und dann? In einigen Jahrzehnten wäre ein weiterer Atommülltransport mit altersbedingt maroden Dichtungen erforderlich – das nenne man Atommülltourismus. Ein Skandal sei, daß für den eingesetzten CASTOR-Behälter noch nicht mal ein Ersatzdeckel zugelassen ist. Der mögliche Bau einer „heißen Zelle“ zur Reparatur defekter Castor-Behälter wäre eine gefährliche Lösung, meint die Standortinitiative. Denn durch Reparatur der Castor-Behälter könne die Betriebsgenehmigung verlängert werden und aus dem Zwischenlager werde de facto ein Endlager. Der Traum der Bib-

liser von der „Grünen Wiese“ wäre damit endgültig vorbei. Bei gleichem Vorgehen an anderen AKW-Standorten hieße dies, das ganze Land mit Atommüll-Endlagern zu überziehen. Daß erwogen werde, noch nicht einmal eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen, mache zornig. Transparenz und Demokratie gingen anders. Die Anti-AKW-Bewegung werde diesen gefährlichen Unsinn nicht unwidersprochen hinnehmen. ●

## Atommüll

### Flasbarth zum Chef für die Zwischenlagerung berufen

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat ihren Staatssekretär Jochen Flasbarth an die Spitze der bundeseigenen BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH berufen. Flasbarth übt seine neue Aufgabe seit dem 1. November 2017 zunächst ohne Gehalt neben seiner Tätigkeit als beamteter Staatssekretär im BMUB aus. Als Vorsitzender der Geschäftsführung übernimmt er gemeinsam mit dem bereits zum 1. August 2017 bestellten Technischen Geschäftsführer Wilhelm Graf sowie dem Kaufmännischen Geschäftsführer Lars Köbler die Verantwortung für die Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland, teilte das Ministerium mit. Zu Flasbarths Geschäftsbereich gehören Grundsatzzfragen der Unternehmensführung, die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und den Landesregierungen sowie Internationales und Kommunikation, wird erläutert.

Zum Geschäftsfeld der BGZ gehören die zentralen Zwischenlager in Gorleben und Ahaus. Anfang 2019 werden auch die zwölf dezentralen Castor-Zwischenlager an den